

Bahnreform II – so nicht!

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB wehrt sich gegen den Entwurf zur Bahnreform II. Diese hat dahingehend Folgen für den VSPB, da die Bahnpolizei an private Sicherheitsanbieter ausgelagert werden soll. Der VSPB verteidigt vehement den Standpunkt, dass hoheitliche Polizeiaufgaben nicht an Private ausgelagert werden dürfen.

Nachdem die Reform des Eisenbahngesetzes länger im Tiefschlaf verweilte, brachte ein Vorschlag von Bundesrat Moritz Leuenberger den VSPB am 16. März 2007 in Alarmbereitschaft. Der bundesrätliche Vorschlag im Zusammenhang mit der Bahnreform II zielt darauf ab, dass die Bahnpolizei an private Sicherheitsfirmen ausgelagert werden soll. Der VSPB kämpft im Interesse der Polizisten und Bürger dieses Landes schon lange dafür, dass Polizeiarbeit mit den damit verbundenen hoheitlichen Rechten nicht an private Sicherheitsanbieter verschertelt werden darf. Dies aufgrund der bei der Polizei garantierten umfassenden Ausbildung, insbesondere aber auch der rechtlichen Grundlage. Ein Rechtsgutachten von Professor Walter Kälin der Universität Bern stützt die Haltung des VSPB, indem es explizit auf die Schwierigkeit der Auslagerung von rechtsstaatlichen Aufgaben an Private hinweist. Professor Kälin sagt unmissverständlich aus, dass der Gesetzesentwurf den Grundsatz aushöhlt, wonach die zentralsten Aufgaben des Staates nicht privatisiert werden dürfen.

Nachdem der VSPB bereits im Mai 2004 zum damaligen Entwurf, welcher in die gleiche Richtung zielte, detailliert Stellung genommen hatte, wurde er auch auf den neusten Aufgleisungsversuch aktiv. Er konnte seine Ansichten und Vorschläge am 3. Mai 2007 in Bern anlässlich einer Sitzung vor der Verkehrskommission kundtun. Nicht zuletzt dank dem Rechtsgutachten von Professor Walter Kälin, aber auch dank einer nachvollziehbaren Argumentation und konstruktiven Vorschlägen des VSPB wurde der aktuelle Entwurf durch die Verkehrskommission nochmals zur Überarbeitung zurückgewiesen.

Das Schreckgespenst von privaten „Polizisten“ mit Ausbildungen auf die Schnelle und ohne gesetzliche Grundlagen, welche Reisende drangsaliieren statt ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, hat in unserer modernen Schweiz definitiv nichts zu suchen und konnte nochmals verjagt werden; es lauert aber immer noch im Hintergrund. Der VSPB hofft sehr, dass im endgültigen Gesetzesentwurf die Polizeihöhe beim Staat bleibt – denn Sicherheit kann und darf nicht an Private verhökert werden.